

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 17

vom 12. Juni 2009

Redaktion: Katja Richardt

Europa

Europawahl 2009: Voraussichtlich erstmals drei Europa-Abgeordnete aus Hamburg.....3

Bund

859. Sitzung des Bundesrates.....5

Inneres

Entwurf eines Glasflaschenverbotsgesetzes7

Wirtschaft und Hafen

Konjunkturprogramm II9

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Beteiligungsprozess zu Verkehrsprojekten im Hamburger Süden beginnt 11

Marktplatz Bramfeld und Zollenspieker aufwerten 12

Umwelt und Energie

BSU begrüßt Machbarkeitsstudie zu Landstrom..... 13

Rad statt Auto: 20 Tage für Gesundheit und Umwelt..... 14

Schule, Jugend und Berufsbildung

Erster Jahresbericht der Schulinspektion 15

Entwurf zur Novellierung des Schulgesetzes jetzt auch im Internet 18

Gesundheit und Verbraucherschutz

Erweiterung der Krankenpflegeschule des Wilhelmsburger Krankenhauses Groß-Sand21

Wissenschaft und Forschung

Uni-Bauentwicklung.....22

Justiz

Justizsenator Dr. Till Steffen zieht positives Fazit der Tagung zur Autonomie der Justiz24

Ausstellung zur NS-Militärjustiz25

Initiative zur Anpassung der Strafbarkeit von Kinderpornografie an das Internet-Zeitalter28

Personen

Neue Leitung für Fachabteilung Drogen und Sucht der Gesundheitsbehörde30

Dirk Luckow soll Intendant der Deichtorhallen werden31

Zur Information

Terminkalender32

8. Juni 2009 / bfi08

Europawahl 2009: Voraussichtlich erstmals drei Europa-Abgeordnete aus Hamburg

Landeswahlleiter Willi Reiß sagte heute auf der Landespressekonferenz: „Erstmals in der 30-jährigen Geschichte der Europawahlen wird Hamburg in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich durch drei Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten sein.“ Als Hamburg gegen 22 Uhr sein vorläufiges Landesergebnis zur Europawahl ermittelt hatte, war noch unsicher, ob auch die Landesliste der Hamburger CDU bei der Sitzverteilung bedacht wird. Nach den vorläufigen Berechnungen des Bundeswahlleiters steht nun fest: Die Hamburger CDU hat einen der 34 Sitze der CDU erhalten. Die allerletzte Gewissheit gibt es allerdings erst, wenn der Bundeswahlausschuss am 30. Juni 2009 das amtliche Endergebnis festgestellt hat.

Hamburg war bei der Auszählung das zweitschnellste Land. **Willi Reiß:** „Dieses Ergebnis verdanken wir dem gewissenhaften und engagierten Einsatz der rund 10.000 ehrenamtlichen Mitglieder in den Wahlvorständen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bezirksverwaltung, denen ich für ihre Mitwirkung ganz herzlich danke.“

Zum Ablauf der Europawahl in Hamburg gibt es aus der Sicht des Landeswahlleiters über zwei besondere Vorkommnisse zu berichten:

- Rahlstedter Wahlvorstand vergaß seine Ergebnismeldung an den Kreiswahlleiter
Ein Rahlstedter Wahlvorstand hat nach ordnungsgemäßer Stimmenauszählung vergessen, den Kreiswahlleiter über das Auszählergebnis zu informieren. Deshalb wurde das vorläufige Hamburger Wahlergebnis ohne diesen Wahlbezirk festgestellt. Die unterbliebene Datenlieferung, die nach ersten Berechnungen keinen Einfluss auf die Sitzverteilung hat, wird im Zuge der Überprüfung und Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses nachgeholt.

- Zwei Neuwerker konnten ihre Stimme nicht abgeben

Traditionell haben alle Neuwerker bisher stets per Briefwahl gewählt, so dass die Einrichtung eines Wahllokals vor Ort nicht erfolgt.

Zwei Neubürger von Neuwerk, die über diese Tradition keine Kenntnis hatten, gingen davon aus, am Wahlsonntag in der Inselschule wählen zu können. Da hier jedoch kein Wahllokal vom Bezirksamt Hamburg-Mitte eingerichtet war, was die beiden Wahlberechtigten erst am

Wahlsonntag bemerkten, beantragten beide am Nachmittag per Fax Briefwahlunterlagen beim zuständigen Kreiswahlleiter Hamburg-Mitte. Für den Kreiswahlleiter war aufgrund der Entfernung und der Insellage von Neuwerk eine Zustellung von Briefwahlunterlagen faktisch nicht mehr möglich. Die betroffenen Wahlberechtigten haben deshalb akzeptiert, dass sie ihr Wahlrecht nicht mehr ausüben konnten. Zur Bundestagswahl in 110 Tagen wird dieses Missverständnis nicht mehr vorkommen.

Ausführliche Zahlen, Daten und Fakten zur Europawahl in Hamburg und die Wahlanalyse des Statistikamtes Nord finden Sie im Internet unter: www.hamburg.de/wahlen.

Für Rückfragen:

Landeswahlamt, Asmus Rösler, Tel. 0 40 – 42839-1732

sowie

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Pressestelle des Senats

12. Juni 2009/lv12

An der 859. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 12. Juni 2009, nehmen Bürgermeister Ole von Beust , Senatorin Dr. Herlind Gundelach und Senator Dr. Till Steffen teil

Die Tagesordnung des Bundesrates umfasst 55 Punkte.

Lebenssituation von Contergangeschädigten wird verbessert

Der Bundesrat entscheidet über eine Änderung des Conterganstiftungsgesetzes. Die Lebenssituation von Menschen mit Conterganschäden ist zunehmend durch schmerzhafte Auswirkungen ihrer Behinderung sowie Spät- und Folgeschäden geprägt. Um die daraus entstehenden besonderen finanziellen Bedarfe contergangeschädigter Menschen auch in Zukunft abzumildern, hat sich die Grünenthal GmbH bereit erklärt, 50 Mio. Euro für die Conterganstiftung zur Verfügung zu stellen. Zur Einbringung dieser Mittel in die Stiftung bedarf es einer Änderung des Conterganstiftungsgesetzes. Hamburg begrüßt den Gesetzentwurf, der den Folgeschäden von Contergangeschädigten Rechnung trägt und hilft, ihre Lebenssituation zu verbessern. Darüber hinaus sollen weitere Mittel in gleicher Höhe aus dem Stammvermögen der Stiftung unmittelbar an die leistungsberechtigten Personen ausgezahlt werden.

Hamburg bekämpft Trunkenheit in der Seeschifffahrt

Der Bundesrat entscheidet auch über Maßnahmen gegen Trunkenheit in der Seeschifffahrt. Befähigungsnachweise von alkoholisiertem Schiffpersonal sollen einfacher sichergestellt werden können. Auch andere Sofortmaßnahmen, etwa die vorläufige Fahruntersagung bei absoluter Fahruntüchtigkeit, werden erleichtert. Die neuen Regelungen verbessern die Durchsetzung bestehender Vorschriften gegen Alkoholmissbrauch. Außerdem erhöhen zusätzliche Anforderungen an die Fähigkeiten der Gefahrenabwehrbeauftragten auf den Schiffen die Sicherheit im Seeverkehr. Hamburg unterstützt diese Vorhaben. Auch in der Vergangenheit hat sich Hamburg im Bundesrat erfolgreich dafür eingesetzt, Alkoholmissbrauch im Schiffsverkehr zu bekämpfen.

Hamburg unterstützt Grundgesetzänderung zum Schuldenabbau

Der Bundesrat berät zwei Gesetze, die Vorschläge der Föderalismuskommission 2 umsetzen. Ziel Hamburgs in der Kommission war es, stabile Haushalte von Bund und Ländern zu erreichen, langfristig zu sichern und dem weiteren Aufbau von Schulden wirksam und dauerhaft entgegen zu wirken. Mit der Verfassungsänderung wenden sich die Länder von der Politik des Schuldenmachens der vergangenen 40 Jahre ab. Dies ist richtig und

wichtig. Deshalb hat Hamburg den Ergebnissen der Föderalismusreform 2 zugestimmt. Wichtigste Neuerung ist dabei, dass es den Ländern ab 2020 untersagt wird, neue Schulden zu machen. Dem Bund wird ab dem Jahr 2016 nur noch eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erlaubt. Ausnahmen sind nur noch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und in außergewöhnlichen Notsituationen möglich. Finanzschwache Länder werden zum Jahr 2020 mit Konsolidierungshilfen unterstützt.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer,

Koordinierung Bundesrat,

Presse

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109 <http://www.hamburg.de/landesvertretung/>

9. Juni 2009 / bfi09

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus: „Glasflaschenverbot macht St. Pauli noch sicherer“

Senat beschließt Gesetzentwurf

Der Senat hat heute den Entwurf eines Glasflaschenverbotsgesetzes für das Gebiet der Reeperbahn und der angrenzenden Straßen beschlossen. Es ist das Gebiet, in dem auch das Waffentrageverbot gilt. Erklärtes Ziel von **Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus**: Die Glasflasche soll als Tatwerkzeug noch wirkungsvoller bekämpft werden. Zeitplan: Sobald die Bürgerschaft das Gesetz beschlossen hat, soll das Verbot vor Ort durch das zuständige Bezirksamt und die Polizei konsequent umgesetzt werden. Damit reiht sich das Glasflaschenverbot in die Reihe der erfolgreichen Maßnahmen der vergangenen Jahre ein, die St. Pauli und insbesondere den „Kiez“ für die Menschen vor Ort sicherer gemacht haben. Zu diesen Maßnahmen gehören zum Beispiel das Waffentrageverbot, die Videoüberwachung auf der Reeperbahn, die verstärkte Polizeipräsenz und die lageabhängigen Kontrollen in Folge des modernisierten Hamburger Polizeirechts. Durch das heute auf den Weg gebrachte Verbot, Glasflaschen mitzuführen oder zu verkaufen, wird auch der von einem großen Teil der Unternehmen befolgte freiwillige Verkaufsverzicht von Glasflaschen wirksam ergänzt.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus: „Das Glasflaschenverbot wird St. Pauli für die Anwohner und die vielen Gäste noch sicherer machen. Ich bin überzeugt, dass wir die bisher erreichten Erfolge im Kampf gegen Gewalt und Kriminalität auf dem Kiez mit dem heute im Senat beschlossenen Gesetzentwurf langfristig sichern und weiter ausbauen können. Ziel ist es, die Gefahren für die Menschen, die dadurch entstehen, dass mitgeführte Glasflaschen oder auch Gläser bei Straftaten spontan als Waffe eingesetzt werden, deutlich zu verringern. Ich danke den Mitarbeitern aller beteiligten Behörden und der Polizei, dass es in so kurzer Zeit gelungen ist, diesen in Deutschland einzigartigen Gesetzentwurf vorzulegen.“

Die wichtigsten Regelungen des Gesetzentwurfes, der jetzt von der Bürgerschaft beraten wird:

- Es soll künftig verboten werden, an den Wochenenden von Freitagabend bis Montagmorgen jeweils in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr sowie in den Nächten vor und nach Feiertagen ebenfalls von 22 Uhr bis 6 Uhr Getränke jeder Art in Glasbehältnissen, d.h. in Glasflaschen, Trinkgläsern und sonstigen Behältnissen aus Glas, im Gebiet der Waffenverbotszone rund um die Reeperbahn mit sich zu führen. Außerdem soll es in dieser Zeit verboten werden, Getränke in Glasflaschen zu verkaufen. Das Verkaufs- und Mitführverbot gilt nicht nur für Bier, sondern auch für alle anderen Getränke wie Wein, Sekt, harte Alkoholika, aber auch für Softdrinks und Säfte. Entscheidend ist damit nicht der Inhalt, sondern die Verpackung.
- Die Einhaltung des Gesetzes soll sowohl vom Ordnungsdienst des Bezirks Hamburg-Mitte, als auch von der Polizei überwacht werden.
- Führt jemand im Verbotsbereich eine Glasflasche mit sich, erfolgt die Aufforderung, die Glasflasche samt Inhalt unmittelbar in einem Altglascontainer zu vernichten. Bei Zuwiderhandlungen kann ein Bußgeld bis zu einer Höhe von 5.000 Euro im Wiederholungsfall verhängt werden.

„Wir wollen den Kiez nicht trocken legen – uns geht es um die Sicherheit der Menschen vor Ort“

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Mir ist sehr daran gelegen, dass wir das Glasflaschenverbot so schnell wie möglich umsetzen können. Wir wollen das Vergnügen auf St. Pauli nicht einschränken, wir wollen den Kiez nicht trockenlegen. Aber das heute vom Senat beschlossene Gesetz ermöglicht es den zuständigen Behörden, alkoholisierten und gewaltbereiten Besuchern schon im Vorwege ihr potenzielles Tatmittel, die Glasflasche, abzunehmen. Wer sich in Hamburg vergnügen will, kann das auch ohne Waffe oder gefährliche Gegenstände tun. St. Pauli bleibt, was es ist: eine attraktive und sichere Amüsiermeile für Gäste aus aller Welt.“

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Marco Haase, Tel. 040 – 42839-2673 und Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

10. Juni 2009/bwa10a

Konjunkturprogramm II des Bundes: Hamburg bundesweit an der Spitze bei der Umsetzung der Projekte

Wirtschaftssenator Gedaschko: „Rund die Hälfte der 307 Millionen Euro für Bundesprojekte sind verplant.“

Das Geld kommt bei den Menschen an: Wirtschaftssenator Axel Gedaschko hat heute über den Stand der Umsetzung des Konjunkturprogramm II des Bundes in Hamburg informiert. Insgesamt hat die Stadt 307 Millionen Euro zur Verfügung, inklusive des Eigenanteils von 77 Millionen Euro.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Von den 307 Millionen Euro sind bis heute rund 50 Prozent der Mittel verplant. Täglich kommen neue Projekte hinzu. Das heißt: Die Hilfe des Bundes kommt direkt bei den Handwerkern und kleinen Betrieben an. Die Mittel stützen die Konjunktur und sichern Arbeitsplätze. Hamburg ist mit der Umsetzung seiner Projekte unter den deutschen Bundesländern an der Spitze.“

Gemeinsam mit Jens Meier, Geschäftsführer der „Hamburg Port Authority“, hat der Wirtschaftssenator heute außerdem die Projekte im Bereich der Hafenterrasse vorgestellt. Ein erstes Projekt ist bereits abgeschlossen: die Hafenterrassenüberleitungsverbindung in Wilhelmsburg. Für 1,4 Mio. Euro wurden hier neue Weichenverbindungen gebaut, um der starken Belastung durch den Güterverkehr zu begegnen.

Ein weiteres Projekt ist heute gestartet: Am südlichen Teil des Bahnhofs „Hohe Schaar“ haben die Gleisbauarbeiten für das 3,4 Millionen-Euro-Projekt zum Ausbau des Knotenpunktes begonnen. Hier werden parallel zu den vorhandenen Gleisen unter anderem zwei zusätzliche Brücken über die Reiherstiegsschleuse gebaut.

HPA-Geschäftsführer Jens Meier: „Die Hamburg Port Authority baut beständig das Infrastrukturnetz im Hamburger Hafen aus. Der Ausbau des östlichen Hafens ist ein Etappenziel zur weiteren Optimierung des Gleisnetzes im Hamburger Hafen. Mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket des Bundes wird ein weiterer Schritt in Richtung dieses Zieles möglich.“

Die für das Konjunkturprogramm II des Bundes in Hamburg federführende Wirtschaftsbehörde wird in den nächsten Tagen außerdem die Einführung eines IT-gestützten Verkehrsmanagements für den Hafen auf den Weg bringen. Für insgesamt 3,6 Millionen Euro wird unter anderem ein Verkehrsmanagement für die Köhlbrandbrücke inklusive einer dynamischen Wegweisung für den Zu- und Ablauf des Verkehrs entwickelt sowie eine Verkehrsdatenbank erstellt.

Ebenfalls im Rahmen des Konjunkturprogramm II des Bundes erhält die Hamburger Schiffsbauversuchsanstalt ab dem dritten Quartal 2009 für knapp eine Million Euro neue effiziente und umweltschonende Maschinen für den Forschungsbetrieb. Auch der Aufbau der Ostbake ist in Planung.

Senator Gedaschko: „Die Wirtschaft Hamburgs stand sehr lange nicht vor so großen Herausforderungen wie heute. Aber unsere Stadt war auch noch nie so gut auf eine solche Situation vorbereitet. Wir nutzen die Krise als Chance. Hamburg muss startklar sein, wenn die Wirtschaft wieder anspringt. Allein mit den Mitteln aus Hamburg setzen wir bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt viermal so viel finanzielle Mittel ein wie Berlin.“

Mehr Informationen zur Hamburger Konjunkturoffensive und dem Konjunkturpaket II des Bundes im Internet: www.hamburg.de/konjunkturoffensive.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

08. Juni 2009/bsu08

Beteiligungsprozess zu Verkehrsprojekten im Hamburger Süden beginnt

Am 15. Juni 2009 beginnt der von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk angekündigte Beteiligungsprozess zu den aktuellen Verkehrsprojekten im Hamburger Süden. Auf zwei öffentlichen Veranstaltungen im Februar und April diesen Jahres hat sich die Senatorin im Bürgerhaus Wilhelmsburg den Fragen der Bürgerinnen und Bürger gestellt. Im Mittelpunkt standen die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße auf die Bahntrasse, der Bau einer Hafenuferspanne sowie eine verkehrliche Konzeption für die Hamburger Elbinsel. Auf der Veranstaltung Ende April kündigte Anja Hajduk an, dass der Dialog zukünftig in einen kooperativen Beteiligungsprozess überführt werden soll.

„Es wird eine Herausforderung bleiben, möglichst umfangreich die unterschiedlichen Interessen in einen solchen Prozess zu berücksichtigen und gleichzeitig einen für alle Beteiligten konstruktiven Austausch zu gewährleisten. Aber wir sind überzeugt, dass von einem solchen Dialog alle profitieren können“, erklärt die Senatorin.

Bis zum Herbst 2009 sollen sich Vertreter aus Initiativen, Vereinen, Bezirkspolitik und Wirtschaft in sechs Sitzungen mit den großen Verkehrsprojekten im Hamburger Süden auseinandersetzen. Ergänzt werden sollen diese Sitzungen durch einen öffentlichen Workshop und eine Informationsveranstaltung. Die breite Öffentlichkeit soll zudem die Möglichkeit erhalten, über eine eigenständige Internetseite den Diskussionsprozess zu verfolgen.

Als Projektleitung für die Durchführung und Moderation des Beteiligungsprozesses wurde der Hamburger Politik- und Unternehmensberater Markus Birzer beauftragt. Herr Birzer hat gute Kenntnisse der Situation vor Ort und hat aus seiner Tätigkeit als Leiter der kommunikativen Begleitung bei der Erweiterung und Modernisierung der Hamburg Messe Erfahrungen in vergleichbaren Beteiligungsverfahren.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

9. Juni 2009/bsu09

Marktplatz Bramfeld und Zollenspieker aufwerten

Senat beschließt 2,7 Mio. Euro für Neugestaltung zweier Plätze

Der Senat hat heute die Neugestaltung von zwei weiteren Plätzen im Stadtgebiet für insgesamt 2,7 Mio. Euro beschlossen. Sie sind Teil eines Gesamtprogramms mit einem Volumen von 11 Mio. Euro. Ziel ist es, öffentliche Plätze attraktiver zu gestalten und damit die Lebensqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Das Programm „Hamburger Plätze“ wird mit der Aufwertung der Plätze Bramfelder Marktplatz in Wandsbek und Zollenspieker in Bergedorf abgeschlossen.

Anfang der 70er Jahre entstand der Marktplatz Bramfeld. Hier findet der Wochenmarkt statt, das Kundenzentrum des Bezirksamtes, Bücherhalle, Haus der Jugend, ein Gesundheitszentrum, eine Senioreneinrichtung und ein Warenhaus rahmen den Platz ein. Überwiegend dient er heute als Parkplatz. Ziel ist es, ihm einen attraktiven Charakter zu geben und in seiner Funktion als Markt- und Veranstaltungsfläche zu stärken.

Der Zollenspieker ist eines der beliebtesten Ausflugsziele an der hamburgischen Oberelbe und ein Ort von historischer Bedeutung. Über 600 Jahre prägten den Platz der Zoll- und Warenverkehr. Den Gesamtkomplex prägt das Zollenspieker Fährhaus, das denkmalgerecht saniert worden ist und als Hotel und Restaurant betrieben wird. Zusammen mit der Elbfähre, einer Marina, Wanderwegen und eben dem Fährhaus ist der Platz das touristische Zentrum für die Vier- und Marschlande. Geplant sind u.a. die Neugestaltung von Flächen und Rundwanderwegen mit Möblierung sowie eine Promenade und eine Aussichtsplattform. Die Maßnahmen werden im Rahmen eines PPP-Modells umgesetzt, das heißt, die Kosten werden sowohl von der Stadt als auch von privater Seite getragen.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel.: 42840 – / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735
e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de
www.bsu.hamburg.de

08. Juni 2009/bsu08a

BSU begrüßt Machbarkeitsstudie zu Landstrom

Jetzt Voraussetzungen für Landstromanschluss schaffen

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt begrüßt die heute von dem Industrieverband Hamburg, dem Germanischen Lloyd, Siemens und Vattenfall vorgelegte Machbarkeitsstudie zu einem Landstromanschluss am Kreuzfahrtterminal in der Hafen City. „Schiffe tragen zunehmend zur Luftverschmutzung in den Hafenstädten bei. Deshalb ist es gut, dass mit der Studie die Machbarkeit einer landseitigen Energieversorgung näher konkretisiert wurde. Für die Hamburger Initiative eines abgestimmten Verfahrens der europäischen Hafenstädte leistet diese Studie daher einen wichtigen Beitrag“, sagte Umweltstaatsrat Christian Maaß.

Gerade in der Nähe von Wohnbebauung und Büronutzung wird eine landseitige Stromversorgung der Schiffe langfristig wichtig sein, um insbesondere die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid einhalten zu können. Für effektive und finanzierbare Maßnahmen ist ein abgestimmtes Vorgehen der Hafenstädte notwendig. Als wichtiger Hafen für Kreuzfahrtschiffe hat Hamburg daher eine europaweite Initiative zur Verminderung des Schadstoffausstoßes in der Schifffahrt gestartet. In einem ersten Schritt haben sich bereits Anfang des Jahres Vertreter norddeutscher Kreuzfahrthäfen in Hamburg getroffen.

Zusammen mit anderen Hafenstädten müssen insbesondere die technischen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Landstromanschluss vereinheitlicht werden. Durch die Allianz der Hafenstädte soll eine abgestimmte Beteiligung der Schifffahrt geschaffen werden.

Für Hamburg kommt es jetzt darauf an, im Zuge zukünftiger Baumaßnahmen der Kaianlagen in der Hafen City und bei dem Bau des Kreuzfahrtterminals in Altona die Voraussetzung für eine landseitige Stromversorgung zu schaffen.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

10. Juni 2009/bsu10a

Rad statt Auto: 20 Tage für Gesundheit und Umwelt



Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ von ADFC und AOK gestartet

Arbeitnehmer können sich seit dem 1. Juni wieder an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ beteiligen. Im Schnitt reicht es, in den Sommermonaten alle drei Tage in den Sattel zu steigen, um Gesundheit, Klima und der eigenen Haushaltskasse etwas Gutes zu tun. Einzige Voraussetzung: Die Teilnehmer müssen bis 31. August an mindestens 20 Tagen per Rad ins Büro, an die Werkbank oder die Ladentheke kommen. Gemeinsam mit der Schirmherrin – Senatorin Anja Hajduk (2. v.l.) – läuteten heute die ADFC-Vorstandsmitglieder Torsten Prinzlin (links) und Ingo Seidt sowie AOK-Regionaldirektor Siegfried Jähne (mitte) durch eine Tour auf einem Konferenzrad zum Rathaus die Gesundheitsaktion ein. „Ich hoffe, dass sich möglichst viele an der Aktion beteiligen und so erleben, dass Radfahren nicht nur gut für die Gesundheit und die Umwelt ist, sondern auch Spaß macht. Der Wettbewerb kann so ein guter Anlass sein, auch künftig mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk. In der Regel bilden sich für „Mit dem Rad zur Arbeit“ in den Betrieben kleine Teams.



Jeder Teilnehmer markiert in seinem Aktionskalender die Tage, an denen er das Rad nutzt oder es mit Bus und Bahn kombiniert. Vor dem Start erhalten die Teilnehmer ihre Unterlagen direkt bei der AOK und dem ADFC oder bequem über das Internet. Die ausgefüllten Kalender senden die Teilnehmer nach Aktionsschluss an die AOK zurück, die dann wertvolle Preise von Sponsoren verlost. Im vergangenen Jahr hatten sich für „Mit dem Rad zur Arbeit“ alleine in Hamburg über 5.300 Menschen in 315 Betrieben angemeldet. Mehr Informationen zur Aktion unter www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de



Für Rückfragen:

Torsten Prinzlin, ADFC, Tel. 0171-4 85 51 93

Anja Schilling, AOK, Tel.: 040 2023-4935

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

- Pressestelle - Tel.: 040 – 42 840 - 3063 oder 3249



9. Juni 2009/bsb09

Erster Jahresbericht der Schulinspektion:

Stärken beim Schulklima und der Organisation – Schwächen bei der individuellen Förderung und in der Evaluation des Unterrichts

Rund 150 Schulen sind im Zeitraum Februar 2007 bis Mai 2009 von der Hamburger Schulinspektion unter die Lupe genommen worden. Dabei wurde ein Schwerpunkt auf die Untersuchung der Qualität des Unterrichts gelegt. Das Hamburger Institut für Bildungsmonitoring hat heute gemeinsam mit Schulsenatorin Christa Goetsch den ersten Jahresbericht der Schulinspektion vorgestellt, der auf einer repräsentativen Zufallsstichprobe von 34 Schulen (13 Grundschulen, 8 Grund-, Haupt- und Realschulen, 5 Gesamtschulen, 8 Gymnasien) beruht.

„Wer sich weiterentwickeln will, muss wissen, wo seine Stärken und Schwächen liegen. Das gilt auch für die Hamburger Schulen“, sagt Christa Goetsch. Die Schulinspektion gibt den Schulen eine fundierte Rückmeldung zu ihrer Arbeit, die diese für ihre Weiterentwicklung verwenden können. Darüber hinaus liefert die Schulinspektion einen analytischen Blick auf das Schulsystem, den die Behörde für Schule und Berufsbildung für die Steuerung nutzt.

Nach dem Jahresbericht der Schulinspektion 2008 liegt die größte Stärke des Unterrichts in den inspizierten Schulen im Klassenmanagement und im Klassenklima. Die Lernzeit wird überwiegend effektiv genutzt und es herrscht ein wertschätzender und respektvoller Umgangston. Schwächen liegen allerdings in der Motivierung der Schülerinnen und Schüler und der individuellen Förderung. Die aktive Mitgestaltung des Unterrichts, das problemlösende und selbstgesteuerte Lernen sowie die Binnendifferenzierung sind vielerorts noch wenig ausgeprägt. Dabei verzeichnen die verschiedenen Schulformen sehr ähnliche Stärken und Schwächen. Besonders auffällig ist, dass die Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Unterrichtssequenzen innerhalb der einzelnen Schulen deutlich größer sind als zwischen den Schulen oder zwischen den Schulformen.

Der Bericht zeigt darüber hinaus, dass viele Schulen starke Schulleitungen haben, die ihre Führungsverantwortung ernst nehmen und die Entwicklung der Schule in die Hand nehmen.

Das führt zu einem gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden Finanz- und Sachmittel und zu einer guten Unterrichtsorganisation, zum Beispiel beim Einsatz der Lehrkräfte, bei der Organisation von Vertretungen und bei der Klassenzusammensetzung. Viele Schulen haben in den letzten Jahren klare Profile entwickelt. Insgesamt ist die Zufriedenheit aller Beteiligten mit ihrer jeweiligen Schule eher hoch.

Auf der anderen Seite hängt die Unterrichtsqualität nach wie vor zu stark von der einzelnen Lehrkraft ab. Auch gibt es häufig keine klaren Kriterien für die Leistungsbewertung. Zu selten wird auch die Leistungsbewertung in einer lernförderlichen Art eingesetzt. Noch am Anfang stehen viele Hamburger Schulen bei Qualitätsmanagement und Evaluation. An den Schulen ist häufig noch nicht klar, welcher großer Nutzen daraus für die Schulentwicklung gezogen werden kann. Die beruflichen Schulen sind in diesem Punkt einen Schritt weiter.

Die aus dem Bericht abgeleiteten **Empfehlungen der Schulinspektion** lassen sich in drei zentralen Punkten zusammenfassen:

1. Schulen müssen die Gelegenheit bekommen und fest etablieren, voneinander zu lernen und mit dem Ziel der Qualitätsentwicklung zu kooperieren. Die Lehrkräfte sind noch zu oft Einzelkämpfer, die gezwungen sind, das Rad stets neu zu erfinden.
2. An den Schulen muss ein Qualitätsmanagement für den Unterricht eingeführt werden. Die Schulen müssen Know-how erwerben, wie Unterrichtsqualität systematisch entwickelt und die Erreichung der Ziele überprüft wird.
3. Nötig ist eine schlüssige, pragmatische Gesamtstrategie der Schulentwicklung. Schulprogramme, Bildungsstandards und Rahmenpläne sowie das Ziel des individualisierten Lernens stehen noch zu oft unverbunden nebeneinander.

Die Behörde wird die Ergebnisse sorgfältig prüfen und in ihre Arbeit einbeziehen. Die zentralen Befunde des Berichts untermauern die eingeleiteten Veränderungen des Schulsystems und spielen deshalb in der Schulreform eine wichtige Rolle. So steht die Verbesserung der Qualität des Unterrichts im Zentrum der Fortbildung von Lehrpersonal und Schulleitungen. Das gilt insbesondere für Formen individualisierten Lernens, für die Bildung von Jahrgangsteams, die Verbesserung der Diagnosefähigkeit für lernförderliche Leistungsbewertungen sowie für die Einführung einer Feed-back-Kultur.

Die Schulinspektion geht nach einem standardisierten Verfahren vor: In der Vorbereitungsphase wird die Schule über die Inspektion und ihren Ablauf informiert, zentrale schulische Dokumente werden analysiert und Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer online befragt. Während des zweitägigen Schulbesuchs wird vormittags im Unterricht hospitiert, nachmittags werden Interviews durchgeführt. Im Anschluss wird der Ergebnisbericht erstellt und in der Schule vorgestellt und diskutiert. Dabei werden die 13 Qualitätsbereiche des Orientierungsrahmens „Schulqualität“ behandelt. Die Schulleitungen besprechen dann die Ergebnisse mit der Schulöffentlichkeit und erarbeiten einen Plan für mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zu Qualitätsentwicklung. Spätestens zwölf Wochen nach Abschluss der Inspektion führen die Schulen ein Gespräch mit ihrer Schulaufsicht, bei dem das weitere Vorgehen festgelegt wird.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Freie und Hansestadt Hamburg
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

10. Juni 2009/bsb10

Entwurf zur Novellierung des Schulgesetzes jetzt auch im Internet

Reform für mehr Gerechtigkeit und mehr Leistung an Hamburgs Schulen

Der vom Senat beschlossene Novellierungsentwurf des Hamburgischen Schulgesetzes ist jetzt auch im Internet einsehbar. Am 31. März 2009 war der Referentenentwurf zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG) von der Schulbehörde zur Beratung mit Eltern-, Lehrer- und Schülerinnenkammer sowie Landesschulbeirat vorgelegt worden. Nach eingehender Erörterung und einer Vielzahl von Stellungnahmen auch von Vereinen und Verbänden liegt die am 2. Juni 2009 vom Senat beschlossene Gesetzesnovelle nun zur Beratung und Beschlussfassung der Bürgerschaft vor.

Mit den gesetzlichen Neuregelungen sollen, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, die Voraussetzungen verbessert werden, um mehr Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Übergang in Studium und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Kinder und Jugendliche sollen in Hamburg unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Bildungschancen erhalten. Um den Unterschieden in der Entwicklung, im Leistungsvermögen und im Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, sieht der Gesetzentwurf vor, das hamburgische Schulwesen neu zu gliedern und eine neue Lernkultur an den Schulen zu etablieren.

Im Beratungsprozess mit den Kammern und dem Landesschulbeirat wurde unter anderem das Recht auf integrative schulische Betreuung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (§ 12) weiter konkretisiert. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben das Recht, eine allgemeine Schule zu besuchen und dort integrativ sonderpädagogisch gefördert zu werden. Der Übergang von einer angebotsorientierten zu einer schülerorientierten schulischen Betreuung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf einschließlich einer auf die Schülerin bzw. den Schüler bezogenen Zuweisung von Personal- und Sachmitteln wird schrittweise erfolgen. Zum Schuljahresbeginn 2010/11 werden zunächst für die Schülerinnen

und Schüler der ersten und fünften Klassen Förderpläne aufgestellt und unter Beachtung der Wünsche der Sorgeberechtigten festgelegt, an welcher Schule das Kind in Zukunft unterrichtet wird. In den nachfolgenden Jahren sollen die jeweiligen Eingangsklassen hinzutreten, bis das neue Fördersystem durchgewachsen ist. Durch dieses Verfahren werden die Schulen in die Lage versetzt, die pädagogischen und organisatorischen Anforderungen, die mit der Ausweitung der integrativen schulischen Förderung verbunden sind, zu erfüllen.

Weitere Ergänzungen des Entwurfs: Es wurde aufgenommen, dass keine Klasse an Gymnasien größer als 28 Schülerinnen und Schüler sein soll. (§ 87) Darüber hinaus wurden die Informationsrechte der Eltern um weitere Gegenstände erweitert (§ 32). Die Schulkonferenz soll zukünftig auch über Grundsätze für den Umfang und die Verteilung der Hausaufgaben und die Ausgestaltung der Profilbereiche in der Oberstufe entscheiden (§ 53). Die Arbeitsfähigkeit der schulischen Gremien wurde verbessert (§§ 56, 69, 103 und 104) sowie die bisher fehlende Rechtsgrundlage für Videoüberwachung an Schulen geschaffen.

Den vom Senat beschlossenen Novellierungsentwurf des Hamburgischen Schulgesetzes finden Sie unter: www.hamburg.de/schulreform.

Rückfragen

Brigitte Köhnlein

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

040.428 63.2003

0172.42427071

brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

10. Juni 2009/bsg10

Hand in Hand in Europa zum Schutz der Verbraucher 4. Treffen der europäischen Hafen-Grenzkontrollstellen in Hamburg

Tiere und tierische Erzeugnisse, die über eine Außengrenze in den EU-Binnenmarkt eingeführt wurden, können frei in Europa zirkulieren. „Deshalb ist die effektive veterinärrechtliche Grenzkontrolle an den Außengrenzen, wie dem Hamburger Hafen, für den Schutz der Verbraucher in der EU von besonderer Bedeutung“, so Dietrich Wersich, Senator für den Verbraucherschutz in Hamburg. Um international einen einheitlichen Standard zu gewährleisten, finden regelmäßig Treffen der zuständigen Stellen statt. Am 11. und 12. Juni ist in diesem Jahr Hamburgs Verbraucherschutzbehörde Gastgeber für das 4. Forum der Grenzkontrollstellen großer europäischer Seehäfen.

An dem in der Hansestadt stattfindenden European Border Inspection Post Forum nehmen Vertreter der großen europäischen Häfen aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien und Deutschland sowie der Europäischen Kommission teil. Ziel des Treffens ist es, zu möglichst einheitlichen Vollzugsstandards bei der Einfuhrkontrolle zu kommen. Dadurch sollen die Verbraucher in Europa geschützt und Marktverzerrungen vermieden werden.

Durch den Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den Grenzkontrollstellen, die Warenströme und erkannte Produkt- und Herkunftsrisiken wollen alle Beteiligten zu einer möglichst einheitlichen Kontrollpraxis und –tiefe gelangen. Nur so kann ein vergleichbares, hohes Niveau des Verbraucherschutzes in Europa gewährleistet werden. Auch der Austausch mit den Vertretern der Europäischen Kommission, die die Federführung bei der Erarbeitung von Richtlinien und Verordnungen haben, ist Teil des Forums.

Für Medienvertreter besteht die Möglichkeit, an der Begrüßung der Teilnehmer durch Staatsrat Dr. Michael Voges, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, am Donnerstag, 11. Juni, um 13.30 Uhr, im Turmsaal des Hamburger Rathauses teilzunehmen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

12. Juni 2009/bsg12

Erweiterung der Krankenpflegeschule des Wilhelmsburger Krankenhauses Groß- Sand

Gesundheitsbehörde unterstützt den Umbau mit 817.000 Euro

Mit rund 817.000 Euro fördert die Gesundheitsbehörde den Umbau und die Erweiterung der Krankenpflegeschule des Wilhelmsburger Krankenhauses Groß-Sand. Zukünftig können nach der Fertigstellung 70 Pflegeschülerinnen und -schüler in der gemeinsamen Krankenpflegeschule der Krankenhäuser Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand, Helios Klinik Mariahilf Hamburg und Krankenhaus Jerusalem ausgebildet werden.

„Berufe in der Pflege sind vielseitig, menschlich und mit sicheren Zukunftsaussichten, da der Bedarf nach Fachkräften wächst“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Wir brauchen Personal in der Pflege und für dieses Personal entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten. Der Ausbau der Krankenpflegeschule Groß-Sand ist dazu ein wichtiger Schritt.“

In Hamburg arbeiten heute so viele Menschen in der Pflege wie noch nie. Sowohl Krankenhaus- als auch Langzeitpflege gehören zu den großen Beschäftigungsbereichen. Über 20.000 Menschen arbeiten in der Pflege, über 10.000 davon als ausgebildete Pflegekräfte. Über 27.000 Pflegebedürftige werden von diesen Fachkräften professionell betreut.

Hintergrundinformationen zur Beschäftigungs- und Ausbildungssituation in der Pflege in Hamburg: www.hamburg.de/bsg/pressemeldungen/nofl/1157344/2009-02-09-bsg-pflege-in-hamburg.html.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

11.06.2009/bwf11

Uni-Bauentwicklung: Alternativvorschlag aus Eimsbüttel greift keine neuen Aspekte auf Wissenschaftssenatorin weist Manipulationsvorwürfe zurück / Prüfung der angebotenen Flächen läuft

Der vom Bezirk Eimsbüttel heute vorgestellte Alternativvorschlag zur Darstellung des Standortes Rotherbaum greift aus Sicht der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) keine neuen Aspekte auf. Sowohl die Flächen beim Uni-Sportplatz als auch an der Grindelallee waren Bestandteil der Überlegungen in den Arbeitsgruppen. Gleichwohl nimmt die BWF die Vorschläge zur Kenntnis und hat die externen Berater von gmp beauftragt zu prüfen, ob die vom Bezirk heute genannten Bauvolumina auf den Flächen realisierbar sind. Die nicht sachgerechte emotionale Stellungnahme des Bezirksamtes Eimsbüttel vom 04.05.2009 bedauert die Senatorin außerordentlich.

Wissenschaftssenatorin Dr. Gundelach: „Die Entwicklungsstudie stellt die Grundlage für eine breite öffentliche Diskussion dar, die derzeit intensiv in der Stadt geführt wird. Ich habe immer betont, dass neue Erkenntnisse und Argumente hieraus für das weitere Verfahren berücksichtigt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle für eine so bedeutsame Richtungsentscheidung maßgeblichen Umstände berücksichtigt werden. Die vom Bezirk Eimsbüttel heute präsentierten Entwicklungsvorstellungen werden daher ebenso geprüft wie alle anderen Vorschläge auch. Mit großem Bedauern stelle ich fest, dass der Bezirk keine Aussagen zum Campus an der Bundesstraße gemacht hat. Das größte Wachstum bei Drittmitteln und bei Ausgründungen ist an der MIN-Fakultät zu erwarten. Dies scheint den Bezirk nicht zu interessieren.“

Die in der Stellungnahme des Bezirkes Eimsbüttel erhobenen Vorwürfe, die BWF-Studie wie auch der gesamte Untersuchungsprozess seien tendenziös und nicht frei von Vorwertungen, weist die Senatorin energisch zurück.

Senatorin Dr. Gundelach: „Die Vorwürfe des Bezirks sind für mich nicht akzeptabel. Die Studie ist das Gesamtergebnis eines intensiven Beratungsprozesses, der in vier Arbeitsgruppen untergliedert war. Der Bezirk Eimsbüttel war an den beiden für den Flächenbedarf und die Stadtentwicklung maßgeblichen Arbeitsgruppen von Anfang an

beteiligt. Vertreter der Bezirksamts Eimsbüttel haben an allen sieben Sitzungen der AG 1 "Stadtentwicklungsszenarien" teilgenommen. Außerdem war die Bezirksversammlung Eimsbüttel hier durch zwei Abgeordnete der Bezirksversammlung vertreten. Vertreter des Bezirksamts waren zudem Mitglieder der AG 2 "Baukosten und Bauablauf", deren maßgebliche Aufgabe in der Flächenbedarfs-Berechnung bestand, und haben auch hier an den Sitzungen und den fachlichen Diskussionen teilgenommen. Insofern kann ich die jetzt vorgetragenen Vorwürfe nicht nachvollziehen.“

Angesichts

- der großen Zahl der Beteiligten verschiedenster Fach- und Interessenrichtungen und der hochkompetenten Berater,
 - des gut strukturierten Vergleichs der vier Szenarien anhand von 60 Kriterien - 30 davon bezirklich relevant,
 - der Möglichkeit eines Sondervotums der Beteiligten zu jedem einzelnen dieser Kriterien - das Bezirksamt hat fünf davon abgegeben - und
 - der vollständigen Wiedergabe aller Voten in der Studie
- sind die schweren Vorwürfe in der Stellungnahme des Bezirksamts umso weniger zu akzeptieren.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, 0171 3882432, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

8. Juni 2009/jb08

Justizsenator Dr. Till Steffen zieht positives Fazit der Tagung zur Autonomie der Justiz

Justizsenator Dr. Till Steffen zieht ein positives Fazit der Tagung, die am Wochenende zur Autonomie der Justiz in Hamburg stattgefunden hat. Einzelnen Forderungen aus der Politik, die Debatte um mehr Eigenständigkeit für beendet zu erklären, tritt er entgegen.

Justizsenator Dr. Till Steffen:

„Die große Resonanz der Veranstaltung hat mich ehrlich überrascht. Wir konnten mit 200 Vertretern der Hamburger Justiz, aus anderen Bundesländern und der Politik lebhaft über unser Modell für eine Autonomie der Justiz diskutieren. Aus den Reihen der Richterverbände gab es grundsätzliche Zustimmung für die Vorschläge. Von den Gerichtspräsidenten kamen unterschiedliche Stimmen. Während die Oberlandesgerichtspräsidentin Erika Andreß ihre skeptische Haltung unterstrich, hat sich die Präsidentin des Landgerichts Sibylle Umlauf erstmals öffentlich positiv zu den Diskussionen geäußert.

Aus der Mitte der Veranstaltung haben wir zahlreiche Anregungen erhalten. Diese werden wir jetzt prüfen und das Modell weiter verbessern, um auch die noch kritischen Stimmen zu überzeugen. Eins hat die Veranstaltung für mich ganz deutlich gezeigt: Wenn jetzt einige meiner Amtskollegen versuchen wollen, durch „Anordnung zu oben“, den Diskussionsprozess abzuwürgen, wird das scheitern. Solchen Anträgen würde ich zum Beispiel auf einer Justizministerkonferenz deutlich widersprechen. Durch die Reformansätze in Hamburg und Schleswig-Holstein ist in der Justiz etwas in Bewegung gekommen. Das wird dazu führen, die Stellung der Justiz in der Öffentlichkeit zu verbessern und die Justiz zugleich bürgerfreundlicher zu machen.“

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter,

Justizbehörde, Pressesprecher, Referent für Öffentlichkeitsarbeit,

Tel. (040) 42843-3143 Mobil: (0172) 432 79 53

E-Mail: thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de

www.hamburg.de/justizbehoerde

9. Juni 2009/jb09

Hinweis für die Medien

Die Justizbehörde Hamburg, die Universität Hamburg und der Hamburgische Richterverein zeigen ab 7. Juli 2009 Ausstellung zur NS-Militärjustiz

Wanderausstellung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Hamburg

Ab **7. Juli 2009** wird in der Universität Hamburg die Wanderausstellung »Was damals Recht war...« – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht« zu sehen sein. Die Ausstellung zeigt, wie Unrecht und Willkür den Militärjustiz-Alltag kennzeichneten und tausende Männer und Frauen, nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten, der Unrechtsjustiz zum Opfer fielen.

Hamburg ist nach Berlin, Köln, Wilhelmshaven, München, Halle (Saale), Peenemünde, Freiburg, Kiel, Bielefeld, Dortmund und Bremen die zwölfte Station der Wanderausstellung in der Bundesrepublik. Bis zum **8. August 2009** können Interessierte die Ausstellung in im Westflügel der Universität Hamburg besuchen und über die Justizbehörde Hamburg Führungen buchen.

Zur Ausstellung gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm (siehe Begleitprogramm).

Hamburg und der historische Bezug zur Wanderausstellung

Herbert Beling starb auf tragische Weise als Häftling des Konzentrationslagers Neuengamme – durch alliiertes Bombardement auf dem Häftlingsschiff Cap Arcona. Beling war zunächst mehrmals wegen kleinerer Verstöße gegen die Wehrmachtsdisziplin aufgefallen. So hatte er sich verspätet die Haare schneiden lassen und einen Marschbefehl zum Zahnarzt zu früh angetreten. Er wurde in ein Feldstraflager eingewiesen. Als er sich dort weigerte ein Brotstück herauszugeben, das ihm ein lettischer Zivilist zugeworfen hatte, wurde er in das Hamburger Konzentrationslager überstellt. Seine Geschichte ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Wehrmachtsjustiz und Gestapo.

Der in Hamburg geborene **Ludwig Baumann** wurde als Deserteur zum Tode verurteilt. Von Hamburg aus erreichte sein Vater eine Umwandlung der Strafe, von der Ludwig Baumann jedoch erst nach 10 Monaten bangen Wartens in der Todeszelle erfuhr. 1990 gründete er die Bundesvereinigung der »Opfer der NS-Militärjustiz« e.V., der er auch noch heute vorsitzt und die für die endgültige Rehabilitierung aller Opfer der deutschen Wehrmachtgerichte kämpft. Ludwig Baumann wird auf der Eröffnungsveranstaltung in Hamburg sprechen. Für seinen Freund Kurt Oldenburg, mit dem er 1942 desertierte, wird am 7. Juli im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung ein »Stolperstein« verlegt.

Aufhebung der meisten Unrechtsurteile im Mai 2002

Mit Ablehnung und Feindschaft begegnete die Mehrzahl der Deutschen nach 1945 den überlebenden Opfern der Wehrmachtjustiz. Vielen gelten die Verurteilten bis heute als Verräter oder Feiglinge. Dabei hat der Deutsche Bundestag im Mai 2002 die meisten Urteile der Wehrmachtjustiz des Zweiten Weltkrieges aufgehoben. Zu den zehntausenden Opfern dieser Justiz zählen auch Widerstandskämpfer aus nahezu ganz Europa, die in ihren von der Wehrmacht besetzten Heimatländern oder in Deutschland inhaftiert, vor Gericht gestellt und in großer Zahl exekutiert worden sind.

Kooperationen und Unterstützungen

Am Standort Hamburg wird die Ausstellung präsentiert von der Justizbehörde Hamburg, die Universität Hamburg und der Hamburgische Richterverein. Konzipiert wurde die Ausstellung von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, unterstützt von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt – Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. und der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat das Projekt finanziert.

Mehr Informationen zur Ausstellung und zum Begleitprogramm unter:

www.stiftung-denkmal.de

Ausstellungsort: Universität Hamburg, Westflügel, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg

Ausstellungsdauer: 7. Juli bis 8. August 2009

Eröffnung der Ausstellung: 6. Juli 2009, 18 Uhr, Universität Hamburg, Westflügel, Foyer (auf Einladung)

Öffnungszeiten in Hamburg: Montag bis Freitag von 7 bis 21 Uhr und Samstag von 7 bis 15 Uhr

Der Eintritt ist frei.

Besucherservice, Buchung von Führungen:

Führungen können von Gruppen und Schulklassen für den Zeitraum vom 7. Juli bis 8. August 2009 gebucht werden. Bitte wenden Sie sich an Tel. 040/42843-4929 oder -2297, E-Mail: Ausstellung@justiz.hamburg.de

Kontakt

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Tel.: +49 (0)30 – 263943 26; E-Mail: felizitas.borzym@stiftung-denkmal.de

Justizbehörde Hamburg

Thorsten Fürter,

Pressesprecher, Referent für Öffentlichkeitsarbeit,

Tel. (040) 42843-3143 Mobil: (0172) 432 79 53

E-Mail: thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de

11. Juni 2009 /jb11

Initiative zur Anpassung der Strafbarkeit von Kinderpornografie an das Internet-Zeitalter

Die Hamburger Justizbehörde hat einen Vorstoß zur Justizministerkonferenz angemeldet, mit der das Verbot von Kinderpornografie im Strafgesetzbuch an das Internet-Zeitalter angepasst werden soll.

Das Verbot von Kinderpornografie in Strafgesetzbuch (§ 184 b StGB) stellt noch auf den „Besitz“ kinderpornografischen Materials ab. In Zeiten, in denen Kinderpornografie auch elektronisch verbreitet wird, führt diese Gesetzesfassung zu Problemen in der Strafrechtspraxis. Zum einen ist unter Juristen lebhaft umstritten, wie der Begriff des „Besitzes“ auf das Internet zu übertragen ist: Reicht zum Beispiel der Durchlauf des Materials durch den Arbeitsspeicher oder muss auch eine Ablage im Cache-Speicher hinzukommen? Zum anderen gibt es erste Gerichtsentscheidungen, die auch eine Vorsatzproblematik aufwerfen. Das betrifft Fälle, in denen ein Beschuldigter zwar erwiesenermaßen Kinderpornografie auf seinem Computer nutzt, ihm aber das Gericht keine genügenden Computerkenntnisse nachweisen kann, um die Speicherung des Materials auf seinem Computer (z. B. im Cache-Speicher) zu kennen.

Die Initiative aus Hamburg will einen Beschluss der Justizminister erreichen, auch den **absichtlichen Abruf von Kinderpornografie im Internet** unter Strafe zu stellen. Die Justizbehörde hat das Thema zur Justizministerkonferenz am 24. / 25. Juni 2009 in Dresden angemeldet.

Justizsenator Dr. Till Steffen:

„Der Rauch um die „Kinderporno-Blocker“ wird bald verzogen sein, da sie kaum einen Nutzen bringen. Jetzt sollten wir uns ansehen, wo wirkliche Defizite bei der Bekämpfung der Kinderpornografie liegen. Neben einem effektiven Vorgehen gegen die Hersteller von Kinderpornografie müssen wir auch das Strafgesetz an das Internet-Zeitalter anpassen. Der Begriff des „Besitzes“ passt auf die elektronische Verbreitung nicht. Wie erste Gerichtsentscheidungen zeigen, landen wir ohne eine Modernisierung der Vorschrift bei nicht hinnehmbaren Strafbarkeitslücken. Wenn sich diese Lücken in der „Szene“ herumsprechen,

besteht die Gefahr einer Ausweitung der Nutzung von Kinderpornografie und damit auch einer vermehrten Herstellung solchen Materials.“

Für Rückfragen:

Thorsten Fürter

Pressesprecher, Referent für Öffentlichkeitsarbeit Justizbehörde

Tel. (040) 42843-3143 Mobil (0172) 4327953

E-Mail: thorsten.fuerter@justiz.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/justizbehoerde

8. Juni 2009/bsg08

Neue Leitung für Fachabteilung Drogen und Sucht der Gesundheitsbehörde

Dr. jur. Sigrun Bever beginnt Dienst am 15. Juli

Die Leitung der Fachabteilung Drogen und Sucht der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, mit der Fach- und Dienstaufsicht über die Abteilung einschließlich der Eingliederungshilfe sowie des Suchtberatungsstelle Kö 16a, wird zum 15. Juli 2009 neu besetzt. Neue Leiterin wird Dr. jur. Sigrun Bever, derzeit Referatsleiterin im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Gesundheitssenator Dietrich Wersich: „Ich bin froh, dass wir mit Frau Dr. Bever eine kompetente Mitarbeiterin gewonnen haben und freue mich auf die Zusammenarbeit. Frau Dr. Bever bringt die Erfahrung mit, die in dieser Position notwendig ist. Ich wünsche ihr einen guten Start in Hamburg.“

Frau Dr. Bever (50) hat sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren durchgesetzt. Sie ist Juristin und hat an der Ruhr-Universität Bochum promoviert. Nach verschiedenen Tätigkeiten bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft hat sie ab 1998 im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in Nordrhein-Westfalen im Referat Krankenhausinvestitionsförderung gearbeitet. Seit 1999 ist sie Leiterin des Referates Psychiatrische Versorgung und Maßregelvollzug in Thüringen.

Christina Baumeister, die bisherige Leiterin, hatte die Gesundheitsbehörde verlassen um die Geschäftsführung der Alida Schmidt-Stiftung, der Flutopfer-Stiftung von 1962, der Georg und Emma Poensgen-Stiftung sowie der Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung zu übernehmen.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

11. Juni 2009/bksm11

Dirk Luckow soll Intendant der Deichtorhallen werden

In der heutigen Aufsichtsratssitzung der Deichtorhallen Hamburg hat sich der Aufsichtsrat einstimmig dafür ausgesprochen, Dr. Dirk Luckow zum Intendanten der Deichtorhallen Hamburg (Haus der Photographie, Halle für aktuelle Kunst) zu berufen. Vorausgesetzt, dass sich die Senatskommission für öffentliche Unternehmen diesem Votum anschließt, wird er damit nach Erik Berganus, Dr. Zdenek Felix und Dr. Robert Fleck der vierte Leiter dieses international renommierten Hauses.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck: „Ich freue mich sehr, dass wir mit Dirk Luckow den außerordentlich erfolgreichen Direktor der Kunsthalle zu Kiel für die Deichtorhallen gewinnen konnten. Mit seinen innovativen Ausstellungsideen hat er die Kunsthalle zu Kiel zu einem besonderen Ort der Kunst gemacht. Als Kenner sowohl der Hamburger als auch der internationalen Kunstszene und in Künstlerkreisen ausgesprochen gut vernetzt, wird Dirk Luckow den Erfolgskurs der Deichtorhallen Hamburg weiter fortsetzen.“

1958 in Hamburg geboren, studierte Luckow an der Freien Universität Berlin Kunstgeschichte, Archäologie und Alte Geschichte. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, am Solomon R. Guggenheim Museum in New York und am Württembergischen Kunstverein Stuttgart, wurde Dirk Luckow Kurator und schließlich Projektleiter Bildende Kunst des Siemens Art Program in München. Parallel zu seinem beruflichen Engagement wurde er 1996 bei Prof. Thomas W. Gaethgens (FU Berlin) über Joseph Beuys promoviert. Seit Juli 2002 war Luckow Direktor der Kunsthalle zu Kiel und Geschäftsführender Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Kunstvereins Kiel. Dirk Luckow ist verheiratet und hat drei Kinder.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207

susanne.frischling@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293

ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 15. Juni bis 21. Juni 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 15.06.2009

- 09:00** Hamburger Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Bernd Reinert begrüßt eine **Delegation ausländischer Meeres- und Arktisforscher sowie Fachjournalisten aus Ländern mit bereits ausgeprägter Meeres- und Arktisforschung.**
- 09:30** Jakobikirchhof, 20095 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort anlässlich des **Projekts „BIO Technicum – Leben erforschen, Zukunft gestalten“.**
- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Dietrich Wersich begrüßt die Gäste des **Senatsempfangs zur „Aktionswoche Alkohol“** mit einem Grußwort.

Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt teil.
- 12:30** Spielbudenplatz 11
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck enthüllt das **Poster zur Kampagne „Auf dem Weg nach Vancouver und London“.**
- 15:00** Thalia im Zelt, Seelemannpark, Heilwigstraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des Max-Brauer-Preises** an den **Verein Mentor e.V.** und das **Klingende Museum.**
- 16:00** Hamburg-Haus, Doormannsweg 12
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der „9. Hamburger Alzheimer Tage“.**
- 19:00** Ernst-Deutsch-Theater, Friedrich-Schütter-Platz
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Theaterfest der Theater und Schule „AufgeTuScht“.**

Dienstag, den 16.06.2009

- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Dietrich Wersich überreicht das **Bundesverdienstkreuz 1. Klasse** an **Prof. Dr. Manz** für seinen langjährigen ehrenamtlichen Einsatz als Arbeitsmediziner für die ehemaligen Mitarbeiter der vom Senat aus Umweltschutzgründen geschlossenen Produktionsstätte Boehringer Sohn.
- 13:00** ECE Billstedt-Center, Möllner Landstraße, Hamburg

Senator Christoph Ahlhaus besucht die **Informationsstände im ECE Billstedt** im Rahmen der **Suchtwoche 2009 „Jugend und Alkohol“**.

- 14:30** Rathaus, Kaisersaal
Senator Dr. Till Steffen lädt gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz zu der **Preisverleihung mit anschließendem Empfang anlässlich des Wettbewerbes „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2008“** ein.

Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt teil.
- 18:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil an der **Wiedereröffnung des Justus Brinkmann-Portals** anlässlich des Abschlusses der Bauarbeiten an der Westfassade des Museums.
- 20:00** The George Hotel Hamburg, Barcastraße 3
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil am **4. Hamburger Séparée**.

Mittwoch, den 17.06.2009

- 09:00** Palace Hotel, Im Europacenter, 10789 Berlin
Senator Christoph Ahlhaus hält einen **Vortrag bei einer Luftsicherheitskonferenz des Sicherheitsforums Heidelberg**.
- 09:00** Hotel Grand Elysee
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des „Fürstenberg-Gesundheitskongress 2009“**.
- 10:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Preisverleihung und Fachtagung „Vielfalt in Ausbildung und Arbeit“**.
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort beim **Senatsfrühstück** anlässlich des **75. Geburtstags von Uwe Friedrichsen**.
- 12:00** Osakaallee 14, Hafencity
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Richtfestes des nördlichen Überseequartiers**.
- 13:30** Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil an der **Fachtagung „Vielfalt in Ausbildung und Arbeit“** der Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten und moderiert ein Forum.
- 14:30** Borsteler Chaussee 23
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort zur **Eröffnung des Handwerkerhauses**, einer Einrichtung für Menschen mit psychischer Behinderung.

- 16:00** Körber-Stiftung, Kehr wieder 12
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Jubiläumsveranstaltung von Mentor - die Leselernhelfer e.V.** und spricht ein Grußwort.
- 18:00** Hotel Lindner, Heimfelder Str. 123, Hamburg-Heimfeld
Senatorin Anja Hajduk hält vor **Mitgliedern des Wirtschaftsvereins Süderelbe** einen **Vortrag zum Thema „Stadtentwicklung im Hamburger Süden“**.
- 18:00** Bezirksamt Hamburg Nord, Großer Sitzungssaal
Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil am **Parlamentarischen Abend der Bezirksversammlung Hamburg Nord**.
- 19:00** Forum der Hochschule für Musik und Theater, Harvestehuder Weg
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Vergabe von Jazz-Arbeitsstipendien 2009 der Dr. E. A. Langner-Stiftung**.

Donnerstag, den 18.06.2009

- 10:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort auf der **„METREX Hamburg Conference on Integration“**, einem Zusammenschluss europäischer Metropolregionen.
- 11:00** Saseler Weg 11, 22359 Hamburg
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort aus Anlass des erfolgten **Umzuges der Tagesstätte „Roter Hahn“ für Menschen mit Behinderung**.
- 12:00** Rathaus Harburg
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **481. Harburger Vogelschießens**.
- 13:00** Schloss Krickenbeck, Nettetal (Kreis Viersen)
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt an der **19. Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz** teil.
- 15:00** Hamburger Stadtmodell, Wexstraße 7, 20355 Hamburg
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters empfängt **Vertreter der Schweizer Bau- und Planungskommission des Kantons Basel-Land**.
- 15:30** „Café Belvedere“, Hasselbrookstraße 94a
Bürgermeister Ole von Beust besucht das **„Café Belvedere“ im Rahmen der „Aktionswoche Alkohol“**.
- 16:00** KiS, Kunst im Stadthaus, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
Senatorin Anja Hajduk eröffnet mit einem Grußwort den neuen **Kunst-Ort in der Innenstadt mit der Ausstellung von Arbeiten der Künstlerin Armelle MAG**.
- 17:00** KörberForum, Kehr wieder 12
Bürgermeister Ole von Beust nimmt teil an der **Podiumsdiskussion „Klartext: Hamburg wächst – größer, grüner, gerechter?“**.

- 18:00** Rathaus Altona, Innenhof, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg
Senatorin Anja Hajduk eröffnet mit einem Grußwort das **altonale Sommerfest**.
- 18:00** Akademie in der Hermann Reemtsma Stiftung, Landhaus Baur
Staatsrat Dr. Manfred Jäger hält anlässlich des **Treffens der Baukunst-Sektion der Akademie der Künste in Deutschland** ein Grußwort.
- 18:00** Hotel Kieler Kaufmann, Niemannsweg 102
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort beim **2. Parlamentarischen Abend der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein** (FFHSH) und der **Mediengruppe Hamburg/Schleswig-Holstein** (MA HSH).
- 19:00** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9, Hamburg
Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt auf Einladung des Hamburgischen Anwaltvereins teil an einer **Feierstunde anlässlich der Verleihung des Emil von Sauer-Preises**.
- 19:00** Deichtorhalle, Deichtorstraße 2, 20095 Hamburg
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters eröffnet im Rahmen des **Hamburger Architektur Sommers die Vernissage „Ein Parkplatz wird zum Park“** mit einem Vortrag über stadtgerechte Mobilität.
- 20:00** Literaturhaus Hamburg, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält eine Rede anlässlich des **Gedenkabends für den Hamburger Dichter Peter Rühmkorf**.
- Freitag, den 19.06.2009**
- 11:00** Riedsiedlung, Legienstr. 129-131, 22111 Hamburg
Senatorin Anja Hajduk besichtigt die **Passivhaus-Wohnanlage Riedsiedlung der SAGA GWG** aus den 30er Jahren in Hamburg-Horn, die an ein Verbrauchs- und Nutzungsvergleich angeschlossen ist.
- 11:15** Inside Premium Hotel, Sternentor 6, Bremen
Senator Dr. Till Steffen hält einen **Vortrag „Bürger zu Datenschützern in eigener Sache machen“** im Rahmen der **103.Tagung des Arbeitskreises „Datenschutz und Datensicherheit“** der Guide Share Europe (GSE).
- 13:00** Edwin-Scharff-Ring 41, 22309 Hamburg
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil am **10jährigen Jubiläum der Wäscherei „Samt + Seife“**, eines sozialen Betriebes, der sich auf die Verarbeitung und Pflege von Textilien und gebrauchte Kleider spezialisiert hat.
- 14:00** Novotel, Lübecker Straße 3
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Feierstunde zum 25-jährigen Jubiläum der Aids-Hilfe Hamburg**.
- 15:00** Gymnasium Eppendorf, Hegestr. 35
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck gibt den **Startschuss für den Einrad-Weltrekord-Versuch von „Wheels of Emotion“** zugunsten von Kindern mit der Stoffwechselkrankheit NCL (Neuronalen Ceroid-Lipofuszinosen).

- 19:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Staatsrat Dr. Michael Voges besucht die Feier zum **10 jährigen Jubiläum der Hamburger Alumni.**
- 19:00** Lichthof im Altbau der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Eingang Ecke Edmund-Siemers-Allee, Grindelallee
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag von Ida Ehre.**

Samstag, den 20.06.2009

- 10:00** Ärztehaus, Humboldtstraße 56
Senator Dietrich Wersich spricht ein Grußwort und nimmt an der **Podiumsdiskussion zur Gesundheitsreform auf der „Norddeutschen Fachtagung des deutschen Berufsverbandes der HNO-Ärzte e.V.“** teil.
- 11:00** Audimax, Technische Universität Harburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch überreicht den **Jugendpreis 2009 der Karl H. Ditze Stiftung** anlässlich der **Feierstunde zum 30-jährigen Stiftungsjubiläum.**
- 11:00** München
Staatsrat Dr. Manfred Jäger präsentiert in München die **Hamburger Bewerbung um die Ausrichtung der Ruder-Europameisterschaft 2011.**
- 14:00** Evangelische Stiftung Alsterdorf, Volkmar-Hentrich-Haus, Alsterdorfer Markt 16 a
Senator Dietrich spricht ein Grußwort anlässlich des **25 jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Spina Bifida und Hydrocephalus (ASBH).**
- 17:00** Schlinkstraße 1
Bürgermeisterin Christa Goetsch besucht die **Bildungsveranstaltung des türkischen Elternbundes Wilhelmsburg.**

Sonntag, den 21.06.2009

- 13:00** Jungfernstieg, Reesendambrücke/Ballindamm
Senatorin Anja Hajduk besucht die **Zentralveranstaltung anlässlich des Autofreien Sonntags.**
- 16:30** Bruno-Tesch-Platz, Ecke Jessenstraße/Große Bergstraße
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt teil an der **Preisverleihung der Altonale Spaßparade 2009: Stadträume** und spricht ein Grußwort.